Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. ℳ 1.86 m. Postbestellgeb. Preise freibl. Preis einer Nummer 10 ₰.
In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Giro-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Druck und Verlag der G. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 ₰. Reklame-Zeile 80 ₰. Kollektiv-Anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 ₰. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.
Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg.
Für tel. Auftr. wird keine Gewähr übernommen.

№ 56. | Samstag den 8. März 1930 | 88 Jahrgang.

Deutschland

Stuttgart, 7. März. Die Kommunisten veranstalteten am Donnerstag abend eine Demonstration, einen sog. „Hungermarsch". Ein Zug mit etwa 1000 Teilnehmern bewegte sich vom Marktplatz aus, wo einige Ansprachen gehalten worden waren, gegen 7 Uhr mit einer Musikkapelle, zahlreichen Fahnen, Transparenten und den üblichen Hochrufen auf Moskau usw. über den Alten Postplatz, die Garten- und Schloßstraße zum Hindenburgplatz und von dort zum Karlsplatz. Der Zug störte in keiner Weise die Ordnung, nur gab es hin und wieder Verkehrsstockungen, namentlich für die Straßenbahnwagen.

Berlin, 7. März. Bei den gestrigen Demonstrationen in Berlin wurden 11 Zivilpersonen und 30 Polizeibeamte verletzt, 230 Personen wurden verhaftet, darunter 40 kommunistische Führer.

Berlin, 7. März. Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer konnte nur durch seine Rücktrittsdrohung die Volkspartei von ihrer Kampfhaltung gegen das Regierungskompromiß fernhalten. Die demokratische Fraktion sucht zwischen den Regierungsparteien über den Finanzplan zu vermitteln.

Berlin, 7. März. In dem Schiedsstreit der Fürstin Anna Luise zu Schwarzburg-Rudolstadt gegen das Land Thüringen wegen Aufwertung von Rentenbezügen und Klärung der Eigentumsverhältnisse an der Einrichtung des Sondershäuser Schlosses hat das Schiedsgericht in Berlin einen Schiedsspruch gefällt: danach wird das Land verurteilt, an die Klägerin vom 1. April 1930 ab bis zu ihrem Ableben eine jährliche Rente von 60 000 Mark in vierteljährlichen Vorauszahlungen zu zahlen. Ferner wird das Land verurteilt, an die Klägerin 900 000 Mark zur Abgeltung der Aufwertungsansprüche für die seit dem 1. April 1920 aufgelaufenen Rückstände der Renten des Fürsten Günther zu Schwarzburg und der Renten der Klägerin zu zahlen. Es steht nun noch die Entscheidung des Schiedsgerichts über die Forderungen des Prinzen Friedrich-Günther zu Schwarzburg und der Familienangehörigen aus. Der Schiedsspruch hierüber dürfte im Laufe des nächsten Monats gefällt werden können.

Die Württ. Landwirtschaftskammer zur steuerlichen Ueberlastung der württ. Landwirtschaft.

Stuttgart, 6. März. Der Vorstand der Württ. Landwirtschaftskammer hat folgende Entschließung gefaßt: Den kürzlich veröffentlichten Ergebnissen der Reichsfinanzstatistik ist zu entnehmen, daß die Landwirtschaft in Württemberg etwa doppelt so hoch mit Steuern belastet ist, wie in Preußen, Bayern und Sachsen. Da die Reichssteuern in ganz Deutschland gleich hoch sind, ist diese Ueberlastung fast ausschließlich auf die zu hohe württ. Grund- und Gebäudesteuer zurückzuführen. Diese Steuer wurde auch immer als besonders drückend empfunden. Bei der jetzigen trostlosen Lage der Landwirtschaft ist sie geradezu untragbar. Die Steuern in der Landwirtschaft müssen seit Jahren zum großen Teil aus der Vermögenssubstanz bezahlt werden. Die Landwirtschaft trägt insbesondere schwer an den ungeheuren Gemeindelasten der Landgemeinden und kleinen Städte, die sich von Jahr zu Jahr meist zwangsläufig erhöht haben. Ein erheblicher Teil dieser Gemeinden hat über 20 Prozent Gemeindeumlage. Es ist höchste Zeit, daß diese stark überlasteten Gemeinden entlastet werden. Wir begrüßen daher den von der Staatsregierung vorgelegten Entwurf eines Aenderungsgesetzes zur Landessteuerordnung, in dem ein Lastenausgleich zwischen den Gemeinden angestrebt wird. Bedauerlicherweise geht der Entwurf nicht weit genug, um den vorhandenen Mißverhältnissen in ausreichender Weise Rechnung zu tragen. Neben dem Lastenausgleich zwischen den Gemeinden fordert die Landwirtschaftskammer auf Grund der einwandfreien amtlichen Ermittlungen über die Steuerbelastung der Landwirtschaft im Deutschen Reich eine wesentliche alsbaldige Herabsetzung der überspannten landwirtschaftlichen Ertragssteuer.

Der Gemeindetag zum Finanz- und Lastenausgleich.

Stuttgart, 6. März. Der Gesamtvorstand des Württ. Gemeindetages hat in seiner am 5. März stattgefundenen Sitzung zu der in der Oeffentlichkeit an dem Entwurf zur Aenderung der Landessteuerordnung und des Gemeindesteuergesetzes geübten Kritik Stellung genommen und dazu folgende Entschließung gefaßt: Die Verteilung von jährlich etwa 40 Millionen Reichsmark Reichssteuerüberweisungen unter die Gemeinden entspricht in Württemberg im Gegensatz zu den Regelungen in andern Ländern keineswegs der wirtschaftlichen Struktur des Landes und der bestehenden Lastenverteilung. Die seitherige Zugrundelegung des örtlichen Aufkommens als Verteilungsmaßstab bei der Einkommen- und Körperschaftssteuer hat in den letzten Jahren leistungsstarken Gemeinden Millionenbeträge zugeführt, die bei billiger Berücksichtigung der Lastenverteilung hätten leistungsschwachen Gemeinden zufließen müssen. Die Folge des mangelhaften Finanz- und Lastenausgleichs ist trotz steuerlicher Ueberlastung der auf dem Lande angesiedelten Industrie, des Handels, Handwerks, der Landwirtschaft und des sonstigen Grund- und Gebäudebesitzes eine fortschreitende finanzielle Verelendung zahlreicher Landstädte und Landgemeinden. Die Verbesserung des interkommunalen Lastenausgleichs ist unaufschiebbar. Der Ausbau des Ausgleichsstocks hiefür ist als ungeeignet abzulehnen. Dagegen ist die im Regierungsentwurf vorgeschlagene Heranziehung der Volksschülerzahl als Verteilungsmaßstab wegen der damit gewonnenen Verbindung der Einnahmezuweisungen mit zwangsläufigen Ausgaben der Gemeinden als erster Schritt zur Herbeiführung gerechter Zustände zu begrüßen. Regierung und Landtag werden dringlichst ersucht, an dem vorliegenden Entwurf festzuhalten.

Der Nachwuchs der Volksschullehrer.

Stuttgart, 6. März. Die Regierung hat auf eine Kleine Anfrage des Abg. Bauser (B.R.P.) betr. die Aufnahme begabter Volksschüler vom Lande in die Lehrerseminare geantwortet: Es ist richtig, daß der Andrang zu der Aufnahmeprüfung in die Lehrerseminare seit einigen Jahren stark zunimmt und daß die Zahl der Bewerber aus höheren Schulen fast zwei Drittel der Gesamtzahl der Bewerber ausmacht. Allein die Art der Prüfung bietet eine Gewähr dafür, daß die Volksschüler nicht benachteiligt werden, denn die Prüfung ist in erster Linie Befähigungs-, nicht Kenntnisprüfung; auch wird bei Bewertung der Arbeiten berücksichtigt, ob die Schüler aus der Stadt oder vom Lande, ebenso, ob sie aus Volks- oder höheren Schulen kommen. Was sodann das Aufnahmeverfahren betrifft, so werden die Volksschüler und die höheren Schüler je in eine Reihe gebracht. Aus diesen Reihen werden die Besten aufgenommen, und zwar aus jeder Reihe ungefähr derselbe Hundertsatz. Die Schüler, die aus der 6. Klasse einer höheren Schule kommen, bilden überhaupt keine Konkurrenz für die Volksschüler, da sie bei Bestehen der Prüfung sofort einer zweiten Seminarklasse zugewiesen werden, während die Volksschüler in die erste Seminarklasse eintreten. Die Einrichtung von Abiturientenkursen, in denen Abiturienten höherer Schulen in einjährigem Lehrgang zu Volksschullehrern ausgebildet wurden, ist eine Notmaßnahme, um einem kommenden Lehrermangel abzuhelfen. Schließlich ist noch zu bemerken, daß auch viele der Bewerber aus höheren Schulen heute von Landorten stammen.

Um das Gaststättengesetz.

Berlin, 6. März. Bei der zweiten Lesung des Gaststättengesetzes im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages wurde nach längerer Aussprache die in der ersten Lesung im § 1 getroffene Bestimmung, daß künftig Konzessionen nur noch im Verhältnis zur Einwohnerzahl und zwar 1:400 erteilt werden dürften, wieder gestrichen und die Regierungsvorlage wieder hergestellt. Danach darf eine Konzession nur dann erteilt werden, wenn ein Bedürfnis nachgewiesen ist. Die Reichsregierung kann mit Zustimmung des Reichsrats die voraussetzenden Bestimmungen, unter denen ein Bedürfnis anzuerkennen oder zu verneinen ist, treffen. Für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage stimmten Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Zentrum, Demokraten, Wirtschaftspartei, Bayerische Volkspartei und Abg. Hänle (Chr.-Nat. Arbeitsg.), dagegen stimmten Kommunisten und Abg. Dr. Mumm (Chr.-Nat.), während sich die Sozialdemokraten der Stimme enthielten.

Sitzung des Verwaltungsrats der Deutschen Reichspost.

Berlin, 6. März. In der heutigen Sitzung des Verwaltungsrats der Deutschen Reichspost, die sich in der Hauptsache mit dem Nachtragsetat 1929 und dem Voranschlag für das Etatsjahr 1930 zu beschäftigen hatte, gab Reichspostminister Schätzel zunächst einen Ueberblick über den Beschäftigungsgrad und die finanzielle Lage der Deutschen Reichspost. Er führte dabei etwa folgendes aus: In den ersten 9 Monaten des laufenden Rechnungsjahres ist in fast allen Betriebszweigen der Reichspost eine Verkehrssteigerung eingetreten, die jedoch hinter der vorjährigen zurückbleibt, so daß das Gesamtergebnis dem veranschlagten Einnahmesoll leider nicht ganz entspricht. Daß die allgemeine Wirtschaftsdepression auch auf die Finanzlage der Post zurückwirkt, ist selbstverständlich. Die Finanzlage der Deutschen Reichspost ist zurzeit gespannt. Die Voranschläge mußten dem naturgemäß angepaßt werden. Trotzdem konnte die Postverwaltung, die sehr wohl weiß, daß der Arbeitslosigkeit auf die Dauer nur begegnet werden kann, wenn die Wirtschaft hinreichend Aufträge bekommt, bisher davon absehen, ihre Aufträge an die Wirtschaft im wesentlichen Umfange einzuschränken. Der Voranschlag 1930/31 sieht für Sachausgaben, also für Aufträge an die Wirtschaft im ganzen 400 Millionen Mark vor. Das ist nicht viel weniger als im Vorjahre für diesen Zweck ausgegeben werden konnte.

Eine Kundgebung des Verwaltungsrats der Deutschen Reichspost für Dr. Stingl.

Berlin, 6. März. In der heutigen Sitzung des Verwaltungsrats der Deutschen Reichspost wurden die Angriffe, die vor einigen Wochen öffentlich gegen den früheren Reichspostminister Dr. Stingl berichtet worden sind, als im vollen Inhalte ungerechtfertigt nachgewiesen. Es bestehe nicht der leiseste Zweifel daran, daß Dr. Stingl namentlich als Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Kabelwerke die Interessen der Reichspost stets im Auge behalten und nichts getan oder geduldet hat, was mit diesem Grundsatz nicht vereinbar wäre. Der Berichterstatter des Verwaltungsrats, Gesandter Dr. Boden, gab eine mit lautem Beifall aufgenommene Erklärung ab, die dem Bedauern darüber Ausdruck verlieh, daß Dr. Stingl diesen Angriffen ausgesetzt worden sei, Angriffen, deren völlige Grundlosigkeit feststehe. Ich glaube, so sagte Gesandter Dr. Boden u. a., daß wir, die wir in all den Jahren den Herrn Minister Stingl in seiner Geradheit und Ehrenhaftigkeit kennen lernten, von vornherein davon überzeugt waren, daß durch diese Vorwürfe auch nicht der Anschein einer unrichtigen Handlung seinerseits hervorgerufen worden ist. Ich halte es für eine Ehrenpflicht des Verwaltungsrats, dies dem Herrn Minister Dr. Stingl besonders auszusprechen.

Einspruch gegen Berlins neue Verfassung.

Berlin, 7. März. Wie die „Börsen-Zeitung" erfährt, hat der Oberpräsident von Brandenburg gegen den Entwurf zur Umgestaltung Groß-Berlins beim preußischen Staatsministerium Einspruch erhoben, und zwar mit der Begründung, daß die sogenannte Bürgermeisterverfassung für Berlin ungeeignet sei. Das Staatsministerium hat auf Grund dieses Einspruchs die Vorlage an das Innenministerium zurückgegeben, das sie wieder dem Oberpräsidenten zugeleitet hat, wo sie zurzeit überprüft wird.

Ausland.

Englische Nachrufe für Tirpitz.

London, 7. März. Der Tod des Admirals von Tirpitz hat in England erloschene Gefühle wieder belebt, und es ist interessant zu sehen, wie in allen politischen Lagern die Ueberzeugung erstarkt, daß Tirpitz Deutschland unnötigerweise in den Konflikt mit England hineingetrieben habe. Andererseits wird aber auch deutlich, daß die Zeit die Anschauungen von Opfer und Haß vollständig gereinigt hat. Es ist bedauernde Zurückhaltung, mit der die Presse heute die Tätigkeit des verstorbenen Erbauers der deutschen Schlachtflotte würdigt. „Mit Tirpitz", schreibt die „Times", „verschwindet die letzte große Persönlichkeit, die Deutschlands Politik vor dem Kriege geformt hat. Er war die stärkste Gestalt im deutschen politischen Leben nach Bismarck. Für ihn war Verhandlungsbereitschaft gleichbedeutend mit Schwäche. Seine Gewohnheit, schon lange vor dem Kriege England als Feind zu betrachten, hat viel dazu beigetragen, Englands Teilnahme am Kriege unvermeidbar zu machen." Die „Daily Mail" meint, Tirpitz sei, ohne es zu wollen, Deutschlands schlimmster Feind gewesen. Die Politik des Aufbaues einer gewaltigen Flotte habe unvermeidlich dazu führen müssen, daß England früher oder später Anschluß an Frankreich und Rußland suchte. Das habe Tirpitz ebensowenig vorausgesehen, wie später das wirksame Eingreifen Amerikas in den Weltkrieg. Der „Daily Telegraph" meint in einer längeren Würdigung des deutschen Admirals, die Geschichte des Krieges wäre vermutlich anders verlaufen, wenn Tirpitz seinen Plan des unverzüglichen Angriffs zur See ausgeführt hätte. Durch das Veto des Kaisers gegen diesen Plan sei die Kanalstraße in den ersten kritischen Tagen für den Transport der britischen Armee nach Frankreich offen geblieben. Die „Daily News" meint, Tirpitz sei der böse Geist des deutschen Volkes gewesen. Ohne ihn wäre vor dem Krieg das Flottenabkommen zwischen Deutschland und England zustandegekommen. Man könne nicht umhin festzustellen, daß das Hinscheiden dieses alten Mannes ein Gewinn für die Sache des europäischen Friedens sei.

Das Ultimatum Gandhis.

London, 6. März. Der Reuterkorrespondent in Ahmedabad meldet den Wortlaut des Ultimatums, das Gandhi an den Vizekönig gerichtet hat. Der Vizekönig wird in dem Schreiben mit „Lieber Freund" angeredet. Gandhi gibt darin dem Wunsche Ausdruck, von dem entscheidenden Schritt, den er jetzt tun müsse, noch einmal beim Vizekönig anzufragen, ob er einen Ausweg aus der Situation wisse, deren Eintreten der Verfasser des Briefes, wie er sagt, seit Jahren gefürchtet hat. Daß Gandhi die Herrschaft der Engländer in Indien für einen Fluch halte, sei bekannt, er gebe aber die Versicherung, daß die einzuleitende Aktion das Leben, wie die „berechtigten Interessen" englischer Staatsangehöriger in Indien unangetastet lassen werde. Der Vizekönig habe Indien den Dominionstatus in Aussicht gestellt. Dann brauche es aber auch niemanden zu erschrecken, wenn man in Indien Resolutionen fasse, die für die Unabhängigkeit Indiens eintreten. Denn, wenn Dominionstatus im Munde des Vizekönigs dasselbe bedeute, wie sonst im Sprachgebrauch, so laufe es auf so gut wie völlige Unabhängigkeit hinaus. Allerdings habe es sich immer deutlicher gezeigt, daß England in Wirklichkeit keine Politik betreiben werde, die der Ausbeutung Indiens ein Ende zu machen geeignet sei. Da gleichzeitig unter den Anhängern der indischen Unabhängigkeit die Partei immer größeren Einfluß gewinne, die für die gewaltsame Losreißung eintrete, halte es Gandhi für seine Pflicht, seine abwartende Haltung aufzugeben. Seine Aktion, deren beherrschende Idee der Verzicht auf alle Anwendung von Gewalt sei, werde in Gestalt der Verweigerung der staatsbürgerlichen Pflichten zur Durchführung kommen. Vom Kreise seiner engeren Mitarbeiter ausgehend, werde sie sich auf alle Anhänger der Unabhängigkeitsbewegung ausbreiten. Sie richte sich zunächst gegen die Salzsteuer, die eine schwere und ungerechte Belastung der armen Volksschichten darstelle und niemals hätte Gesetz werden dürfen. Falls der Vizekönig nicht doch noch einen Ausweg finden sollte, werde Gandhi am 11. März aus seinem Seminar hinausziehen, um seinen Feldzug zu beginnen. Er stelle es dem Vizekönig anheim, seine Pläne zu durchkreuzen, indem er ihn festnehmen lasse. Er hoffe aber, daß Zehntausende sich finden würden, um an seine Stelle zu treten.

Die englische Aktion gegen Sowjet-Rußland.

London, 7. März. In beiden Häusern des Parlaments kam gestern wieder die umstrittene Regierungsverordnung zur Sprache, in der für die offiziellen Gottesdienste des Heeres und der Flotte Gebete für die Gläubigen in Rußland untersagt worden sind. Die Regierung nahm im Oberhaus Gelegenheit, ihren Standpunkt durch Lord Thomson deutlich darlegen zu lassen. Solche Gebete in den obligatorischen Gottesdiensten würden unter der Verkleidung des religiösen Protestes eine direkte Anschuldigung gegen eine Regierung bedeuten, mit der man bemüht sei, freundliche Beziehungen herzustellen. Sie würden sogar geradezu als Propaganda gegen das Sowjetregime ausgelegt werden und die Regierung wolle die ohnehin schwierigen Beziehungen zu Rußland nicht noch durch eine solche Aktion komplizieren. Die Verhandlungen Macdonalds mit den Führern der beiden anderen Parteien haben den Erfolg gehabt, daß die Opposition gegen die Regierungsverordnung sich nach den gestrigen Aussprachen im Oberhaus ziemlich gelegt hat. Die Regierung hat sich verpflichtet, alle Angehörige des Heeres und der Marine ungehindert an Gottesdien-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

sten teilnehmen zu lassen, die in Kirchen stattfinden, welche nicht als offizielle Garnisonskirchen gelten.

Aus Stadt und Bezirk.

Sonntagsgedanken.

Rechte Buße.

Deine Reue sei lebendiger Wille, fester Vorsatz! Klage und Trauer über begangene Fehler sind zu nichts nütze. Platen.

In dieser werdenden Welt, in der noch Dunkel und Dumpfheit das Herrschende ist, Licht zu erzeugen — in uns und dadurch in der Welt — ist unser einziger Daseinszweck.

Prellwitz.

Neuenbürg, 7. März. (Beratung für gehör- und sprachleidende Kinder.) In der heutigen Zeit der Not und des verschärften wirtschaftlichen Kampfes sich durchzusetzen, fällt allen denen doppelt schwer, die durch irgendein Gebrechen behindert sind, sei es durch geistige Schwäche, Blindheit, Taubheit, Schwerhörigkeit, Sehschwäche, Stottern, Stammeln oder ein anderes körperliches oder geistiges Leiden. Sie alle bedürfen heute vermehrter Fürsorge. Am wirksamsten und billigsten ist die Fürsorge, wenn sie möglichst früh einsetzt. Manche der von den oben genannten Gebrechen Betroffenen können durch Behandlung im Kindesalter unter Umständen ganz geheilt werden. Anderen Geschädigten kann durch eine rechtzeitig beginnende und dem Leiden entsprechende Ausbildung doch soviel Lebenstüchtigkeit vermittelt werden, daß sie auch unter erschwerten Bedingungen ihren Unterhalt selbst verdienen können. Welche Beruhigung ist es für die Eltern solcher Gebrechlicher, wenn sie sehen, daß ihre Kinder durch die Ausbildung berufs- und lebenstüchtig gemacht werden konnten! Zum Zweck der Beratung in solchen Fragen durch einen Fachmann findet am 12. März d. J. in Neuenbürg eine völlig unentgeltliche Sprechstunde statt, zu der auch an dieser Stelle alle gehör- und sprachleidende Kinder des Oberamts mit ihren Eltern eingeladen werden. Näheres darüber in der heutigen Nummer des Blattes.

Neuenbürg, 8. März. Die rege Beteiligung an dem letzten Stenographie-Kurs zeigte, daß auch hier der Wert der Kurzschrift sehr geschätzt wird. Es ist deshalb sehr zu begrüßen, daß nun ein Fortbildungskurs zustande kommt, denn ohne Fortbildung gibt es natürlich auch in der Stenographie, wie in jedem anderen Fache, keine befriedigende Leistungen. Ansporn und Freude bringt dem Schüler der erweiterte Lehr- und Uebungsgang, der das Gelernte des Anfangsunterrichtes befestigt und von Stunde zu Stunde zur Steigerung der Schreibgeschwindigkeit und Sicherheit führt. In jedem fortschrittlich geleiteten Kontor oder Amte spielen heute die Vorteile der Kurzschrift eine große Rolle und werden deshalb stenographiekundige Leute stets bevorzugt. Wie aus dem Inseratenteil ersichtlich ist, beginnt der Fortbildungskurs Mitte März.

(Wetterbericht.) Der Hochdruck über Mitteleuropa schwächt sich ab. Es macht sich allmählich eine nördliche Depression geltend, sodaß für Sonntag und Montag mehrfach bedecktes, unbeständiges Wetter zu erwarten ist.

Württemberg.

Stuttgart, 7. März. (Zusammenschluß von Ueberlandwerken.) Die württembergischen kommunalen Ueberlandwerke (Gemeindeverbände) Aistaig, Ernzberg, Oehringen, Teinach und Tuttlingen haben sich zur Wahrung und Verfolgung gemeinsamer Belange einmütig zu einer Interessengemeinschaft zusammengeschlossen; außerdem wurde zwischen diesen und dem Großkraftwerk Württemberg A.G. in Heilbronn, sowie dem Kraftwerk Altwürttemberg A.G. in Ludwigsburg ein Freundschaftsvertrag geschlossen. Die Verträge sind sofort unterzeichnet und gegenseitig ausgetauscht worden.

Stuttgart, 7. März. (Württ. Privatbank A.G.). Der den Gläubigern der Württ. Privatbank A.G. (vorm. G. Beißwenger) vorgelegte Status weist an Passiven 1 058 691 R.M. und an Aktiven 877 864 R.M. auf. Es wird ein Liquidationsvergleich empfohlen, um eine möglichst hohe Gläubigerbefriedigung zu erzielen.

Wangen i. A., 7. März. (Ein Auto für 10 Mark.) Bei einer Zwangsversteigerung kam u. a. auch ein Kraftwagen mit 4/16 P.S. zum Verkauf. Daß dieses Vehikel nicht mehr ganz zeitgemäß und reif zum Abbruch war, ging aus dem kühnen Gebot hervor, das der erste Liebhaber zu machen sich anschickte. Es lautete auf ganze 10 Mark. Schließlich wurde der Benzinwagen um 40 R.M. losgeschlagen.

Tettnang, 7. März. (Bad Laimnau stellt seine Zahlungen ein.) Der Besitzer des Bades Laimnau Josef Heimpel ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten und versuchte bereits in zwei Gläubigerversammlungen auf dem Vergleichswege abzumachen. Wie verlautet, betragen die Passiven rund 50 000 R.M. Zum Treuhänder wurde Heiß-Friedrichshafen bestellt. Längere Zeit hoffte man, daß der Württ. Krankenkassenverband das Bad käuflich erwerben würde, um ein Krankenkassenerholungsheim dort einzurichten, doch scheinen die Verhandlungen nicht sehr günstig zu verlaufen.

Eck am Bern, OA. Ellwangen, 7. März. (Glück im Unglück.) Ein hiesiger Landwirt brachte am Fastnachtsdienstag eine Kuh zum Farren nach Oberbronnen. Da er dort noch geschäftlich zu tun hatte, beauftragte er seinen zehnjährigen Sohn damit, die Kuh wieder heimzubringen. Um die Hände besser in die Taschen stecken zu können, band sich der Junge auf dem Heimweg den Strick, an dem die Kuh angebunden war, um seinen Oberkörper. Er war bereits glücklich im elterlichen Hofe angelangt und wollte die Schlinge eben über seinen Kopf herausheben, als in demselben Augenblick die Kuh plötzlich scheute und davonsprang. Die Schlinge zog sich am Halse des Jungen zu und der Knabe wurde auf dem Boden geschleift, wobei sein Kopf immer wieder von den Hinterfüßen der Kuh getroffen wurde. Schließlich gelang es 3 beherzten maskierten Männern, das Tier einzufangen. Es kostete alle Mühe, um schnell die Schlinge am Halse des Jungen zu lösen und ihm im letzten Augenblick das Leben zu retten; mit einem herzhaften „Schnapper" begrüßte er dankbar wieder die Erlösung und Freiheit. Außer einigen Verletzungen am Kopfe und Hautschürfungen kam er mit dem Schrecken und einer ernsten Lehre davon.

Neueste Nachrichten.

Solingen, 7. März. Der Lohnbuchhalter einer hiesigen großen Firma ist wegen Unterschlagungen in Höhe von rund 150 000 Mark verhaftet worden. Bei der Durchsuchung seiner Wohnung fand man noch 26 000 Mark, die der Firma zurückgegeben wurden. Der Verhaftete hat zugegeben, die Veruntreuungen seit Jahren begangen zu haben.

Leipzig, 7. März. Der verantwortliche Schriftleiter der „Inprekorr", Max Krause, wurde heute vom Reichsgericht wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Unterstützung einer staatsfeindlichen Verbindung zu der gesetzlichen Mindeststrafe von 1 Jahr Festungshaft verurteilt. Er hat eine Anzahl Artikel veröffentlicht, die der Propaganda des Bürgerkrieges und der Auswertung der Berliner Vorgänge vom 1. Mai 1929 für die kommunistische Revolution dienen sollten.

Berlin, 7. März. Das Reichskabinett verabschiedete in seiner heutigen unter dem Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen Sitzung den Entwurf eines Weingesetzes, der unverzüglich dem Reichsrat und Reichswirtschaftsrat zugeleitet wird. Der Gesetzentwurf enthält eine Vorschrift, wonach das Verschneiden von deutschem Weißwein mit ausländischen Erzeugnissen verboten ist. Das Reichskabinett beschäftigte sich sodann mit einem Bericht, den der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft über die Möglichkeiten, den Getreidemarkt, insbesondere den Roggenmarkt, zu bessern erstattet hatte. Eine Anzahl Vorschläge wurden grundsätzlich gebilligt und der Minister zu weiteren Verhandlungen ermächtigt. Das Reichskabinett beschloß ferner, sich an der vom Volksbund „Deutsche Kriegsgräberfürsorge" am 16 März, 12 Uhr, im Reichstag stattfindenden Gedenkfeier für die Gefallenen des Weltkrieges unter der Voraussetzung zu beteiligen, daß die Veranstaltung einen überparteilichen Charakter trägt.

Berlin, 7. März. Der Reichstag setzte die 2. Lesung der Younggesetze fort, die am Samstag zu Ende geführt werden soll.

Berlin, 7. März. Anläßlich der Veröffentlichung des Finanz- und Steuerprogramms der Reichsregierung sind die Spitzenverbände von Industrie, Banken, Handel und Landwirtschaft zu einer Besprechung zusammengetreten. Als Ergebnis der Aussprache wurde beschlossen, der Reichsregierung und den Koalitionsparteien zum Ausdruck zu bringen, daß dieses Programm nicht den Notwendigkeiten einer auf Belebung der Wirtschaft und Minderung der Arbeitslosigkeit gerichteten Finanz- und Wirtschaftspolitik entspreche. Die Spitzenverbände halten noch wie vor an den von ihnen seit langem vertretenen Vorschlägen fest, deren Verwirklichung unverzüglich in Angriff genommen werden müsse.

Berlin, 7. März. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft I hat der Untersuchungsrichter beim Landgericht I wegen des Zusammenbruchs der Bank für deutsche Beamte gegen acht Personen die Voruntersuchung eröffnet. Die Vorstandsmitglieder Aloys Weber, Jos. Weber und Dr. Rudolf Meyer werden angeschuldigt, absichtlich zum Nachteil der Genossenschaft gehandelt und den Vermögensstand der Genossenschaft wissentlich unwahr dargestellt, der Geschäftsführer Harpner, ihnen hierfür Beihilfe geleistet zu haben. Den Angeschuldigten Piehler, Treumann und v. Buchwald wird der Betrug zum Nachteil der Bank für deutsche Beamte vorgeworfen, der Kunstmaler Kande soll ihnen zu diesem Vorgehen wissentlich Hilfe geleistet haben.

Berlin, 7. März. Die Vereinigung von Berliner Banken und Bankiers (Stempelvereinigung) hat aus Anlaß der Ermäßigung des Reichsbankdiskontsatzes von 6 auf 5½% beschlossen, die Sollzinsen mit Wirkung vom 8. März von 7 auf 6½% herabzusetzen. Die Habenzinsen von 3% für täglich fällige Gelder in provisionsfreier Rechnung und von 3½% in provisionspflichtiger Rechnung werden vorläufig beibehalten, weil man die weitere Entwicklung abwarten will.

Berlin, 7. März. Der Diskontsatz der Golddiskontbank ist unverändert auf 5½% belassen worden.

Potsdam, 7. März. Der unter dem Verdacht der Blutschande steckbrieflich gesuchte Amtsvorsteher Frenzel aus Beelitz hat sich heute vormittag bei der Potsdamer Kriminalpolizei gestellt.

Kolberg, 7. März. Die 22 Jahre alte Ehefrau des Postsekretärs Hübner hat sich mit ihren drei Kindern im Alter von 1—4 Jahren in der Küche ihrer Wohnung mit Gas vergiftet. Als der Ehemann abends von seinem Dienst nach Hause kam, fand er alle vier leblos in ihren Betten liegend in der Küche vor. Wiederbelebungsversuche mehrerer Aerzte waren erfolglos. Die Gründe zu der Tat sind noch nicht bekannt.

Hamburg, 7. März. In der am Freitag vor dem Seeamt Hamburg durchgeführten Verhandlung über den Untergang der „Monte Cervantes" und über den Tod des Kapitäns Dreyer wurde folgender Spruch gefällt: „An dem Auflaufen des Schiffes, dessen Kurs und Navigierung nicht zu beanstanden sind, trifft den Kapitän Dreyer und den assistierenden Kapitän Heye, sowie die Schiffsoffiziere keine Schuld. Die schnelle und sichere Ausbootung der 1516 Fahrgäste und des größten Teils der 330 Mann Besatzung ist hoch anzuerkennen. Kapitän Dreyer, der das Schiff als Letzter verlassen wollte, hat sich dadurch einer erhöhten Gefahr ausgesetzt, der er beim Rettungen des Schiffes zum Opfer gefallen ist. Das Verhalten des Kapitäns, der in Erfüllung seiner seemännischen Pflicht verunglückt ist, verdient höchste Anerkennung. Die von dem Dampfer „Vincente F. Lopes" und von den argentinischen Behörden in Ushuaia geleistete Hilfe verdient dankbare Anerkennung. Eine Nachprüfung der Wassertiefe in dieser Durchfahrt ist dringend zu wünschen."

Wien, 7. März. Der Bundesrat genehmigte heute einstimmig das Haager Abkommen samt den damit zusammenhängenden Uebereinkommen mit Belgien und Polen, sowie den Freundschafts-, Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrag mit Italien.

Brüssel, 7. März. Heute morgen hat sich in Marcinelle eine Schlagwetterkatastrophe ereignet, der nach den bisherigen Feststellungen 21 Personen zum Opfer fielen. Zwölf wurden getötet und neun mehr oder weniger schwer verletzt. Merkwürdigerweise blieb bei der Katastrophe der Stollen unversehrt. Es entstand eine Stichflamme, die mit ungeheurer Wucht den sich in 975 Meter Tiefe befindlichen Schacht durchfuhr.

Paris, 7. März. Ein Mitglied eines der ältesten Adelsgeschlechter Frankreichs, der Prinz Bertrand de Faucigny-Lucinge, wurde wegen Betrügereien und Ausgaben unechter Schecks in Höhe von mehreren hunderttausend Franken verhaftet. Er war mit einer Argentinierin verheiratet, die vor kurzem in ihre Heimat zurückkehrte, nicht ohne dem Prinzen vorher eine monatliche Rate von 100 000 Franken auszusetzen.

Paris, 7. März. Der deutsche Botschafter von Hösch hat heute dem Generalsekretär am Quai d'Orsay Berthelot einen Besuch abgestattet, um ihm im Namen der deutschen Regierung das Beileid zur Hochwasserkatastrophe zum Ausdruck zu bringen, von der Südfrankreich betroffen worden ist.

Paris, 7. März. Ministerpräsident Tardieu hat an den deutschen Botschafter v. Hösch ein Schreiben gerichtet, in dem er der Reichsregierung den Dank der französischen Regierung für die Beileidskundgebung aus Anlaß der Ueberschwemmungskatastrophe in Südfrankreich zu übermitteln bittet.

Washington, 7. März. Präsident Hoover genehmigte die bedingte Freilassung des seiner Zeit wegen Betruges verurteilten Polarforschers Dr. Cook.

Bombay, 7. März. Patel, einer der bedeutendsten Unterführer von Gandhi und ein Bruder des Präsidenten der gesetzgebenden Versammlung wurde unter der Anklage verhaftet, daß er gegen das Verbot der öffentlichen Reden gehandelt habe. Patel wurde zu drei Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe in Höhe von 500 Rupien oder weiteren drei Wochen Gefängnis verurteilt. — Patel wurde alsbald ins Gefängnis eingeliefert. — Als Gandhi die Nachricht erhielt, richtete er einen Appell an die Oeffentlichkeit, in dem er für morgen zur vollständigen Arbeitseinstellung aufforderte.

Zweite Lesung des Etats.

Stuttgart, 7. März. Der Landtag setzte am Freitag nachmittag die Etatberatung fort. Zunächst sprach Staatspräsident Dr. Bolz. Er befaßte sich eingehends in seiner Rede mit der Regierungsumbildung. Schon vor Jahresfrist haben die Parteien mit uns über den Eintritt in die Regierung verhandelt. Bei der jetzigen Umbildung war eine Ausarbeitung von Richtlinien nicht nötig. Besondere Zusicherungen in Einzelfragen wurden nicht gewährt. Die großen Probleme wie Reichsreform werden erst künftig gelöst. Ueber die Schulfragen beraten die Regierungsparteien untereinander. Zur Verwaltungsreform bringt der Bericht des Reichssparkommissars beachtenswerte Vorschläge. Die einzelnen Stücke des Berichts werden fortlaufend dem Landtag zugehen. In den nächsten Tagen werden die Regierungsparteien über das Landessteuergesetz beraten. Der ehrenamtliche Staatsrat hat keine Beamtenbezüge und nur beratende Stimme im Staatsministerium mit dem Recht der Akteneinsicht. Die Verleihung dieses Ehrentitels verstößt nicht gegen die Verfassung. Was die Stellung der Regierung zum Youngplan anlangt, so erklärte der Staatspräsident, daß die Regierung mit Rücksicht auf den vermutlichen Willen des Landtags diesem zuzustimmen hatte. Andernfalls hätte sie zurücktreten müssen. Daß die deutschnationalen Minister anderer Meinung waren als die übrigen Minister, ist kein Geheimnis. Ueberhaupt kann niemand sagen, ob der Younggplan erfüllbar ist. Das Ja bedeutet eine Einschränkung der Lebenshaltung. Auf der anderen Seite ist das Haager Abkommen ein weiterer Schritt zur Entspannung der internationalen Lage. Der Staatspräsident bat, die nationalsozialistischen Anträge abzulehnen und sprach sich dann zum Schluß noch über die Vereinigung von Württemberg und Baden aus. Der Abg. Dr. Wider (B. P.) bezeichnete den Younggplan und das Haager Abkommen als ein nationales Unglück. Wenn die deutschnationalen Minister mit ihrer Auffassung in der Regierung nicht durchgedrungen sind, so können wir aus wohlerwogenen Gründen nicht den Schluß ziehen, aus der Regierung auszutreten. Die württembergische Koalition hat sich bewährt. Der Abg. Schneck (Komm.) sagte der erweiterten württembergischen Regierung noch schärferen Kampf an als der bisherigen. Der Abg. Dr. Bruckmann (Dem.) erklärte, seine Partei habe vergebens die Große Koalition erstrebt. Um für die Wirtschaft etwas zu erreichen, blieb nur die Mitarbeit in der bestehenden Regierung. Durch diese Arbeit erstrebe seine Partei eine gesicherte Politik in Württemberg sowie eine klare Linie auf dem Boden der Industrieförderung, der Erziehungs- und der Schulfragen. Große Heiterkeit erregte es, als Dr. Bruckmann dem sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Schumacher eine Photographie des neuen Wirtschaftsministers Dr. Maier übergab, auf der dieser ganz entsprechend der gestrigen Schilderung Dr. Schumachers als Hochtourist mit einem Gebirgsstock und einem Edelweiß am Hut, mit Rucksack und Lodenmantel dargestellt ist. Abg. Rath (D. Vp.) bezeichnete den Younggplan als das kleinere Uebel gegenüber dem Dawesplan. Er betonte, daß das deutsche Volk sparen und arbeiten müsse und versprach sich nur von der Einigung des Liberalismus seine Stärkung. Nach weiteren Ausführungen wurde die Beratung auf Samstag vormittag vertagt.

Zur Frage der Vereinigung von Württemberg und Baden.

Stuttgart, 7. März. Im Landtag erklärte heute Staatspräsident Dr. Bolz über die Vereinigung von Baden und Württemberg: Das Staatsministerium hat keinerlei Beschluß gefaßt, weder in der Sache selbst, noch über irgendwelche Aktion. Bei gelegentlicher Aussprache kam aber als grundsätzliche Meinung zum Ausdruck, daß neben den eigenen Interessen des Landes das Gesamtinteresse des Reiches den Ausschlag geben müsse. Dem möchte ich einige persönliche Bemerkungen anfügen: Unmöglich kann die Organisation des Reiches bleiben, wie sie ist. Diese Erkenntnis wird immer allgemeiner. Die Umorganisation hat auch bereits ihren Anfang genommen, wenn auch zunächst nur ein Aufgehen kleiner Staaten in Preußen. Auch darin sehe ich einen Fortschritt. Ich bin überzeugt, daß im Laufe der nächsten Jahre freiwillig noch weitere Veränderungen stattfinden, die uns dem Ziel einer Neugestaltung näher bringen. Dieser natürlichen Entwicklung gebe ich den Vorzug vor jedem gesetzlichen Zwang. Ich bin auch der Meinung, daß wir Zeit haben, diese Entwicklung abzuwarten. Als einen solchen begrüßenswerten Schritt zur kommenden Gestaltung des Reiches sehe ich auch eine Vereinigung von Baden und Württemberg an. Soll ein solcher Schritt gelingen, dann ist allerdings Voraussetzung, daß kleinliche finanzielle, parteipolitische und konfessionelle Gesichtspunkte nicht die Oberhand gewinnen. Auch vor der Hoffnung möchte ich warnen, daß mit einer solchen Vereinigung unmittelbar und rasch große Vereinfachungen und Ersparnisse zu erzielen seien. Soll ein solches Beginnen erfolgreich sein und von der Bevölkerung verstanden und gebilligt werden, dann muß die Vereinigung zu einem allmählichen Zusammenwachsen werden unter Vermeidung einer gewaltsamen, gesetzlichen Gleichmacherei. Beide Länder haben fürs letzte Jahrhundert ungefähr gleiche Geschichte und gleiche Bevölkerung. In beiden Ländern hat sich ein starkes Gefühl der Verbundenheit und Zusammengehörigkeit entwickelt. Sollte das in einem vereinigten Baden und Württemberg nicht auch möglich sein? Ich war in der Nachkriegszeit von jeher ein Anhänger dieses Gedankens und bin es auch heute noch. Ich wünschte, es möchte zu erfolgreichen Verhandlungen kommen.

Bayerische Volkspartei und parlamentarische Lage.

München, 7. März. In einer Auslassung über die vorgestrigen Beschlüsse des Reichskabinetts betont die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz, daß die Schwierigkeiten noch lange nicht überwunden seien. Die Deutsche Volkspartei mache neue Schwierigkeiten und die Sozialdemokraten könnten sich bedauerlicherweise nicht zu einer sachlichen Einstellung zu den zwingenden Erfordernissen der deutschen Finanzwirtschaft durchringen. Für die Parteien, die unter allen Umständen auf der Bindung zwischen Younggplan und Finanzreform bestehen müßten, sei bei der jetzigen Abstimmung dieselbe Haltung geboten, wie bei der Abstimmung nach der ersten Lesung. Die bayerische Volkspartei sehe sich getreu ihrer bisherigen Haltung unter diesen Umständen immer noch nicht in der Lage, eine endgültige Entscheidung über die Haager Abkommen zu fällen.

Moldenhauer vor dem Reichstag.

Berlin, 7. März. Die Debatte über den Neuen Plan im Reichstag brachte in ihrer Fortsetzung vom Freitag eine Reihe von Reden, die, wenn sie auch stellenweise bereits Gesagtes wiederholten, doch zur Abrundung des Gesamtbildes nicht unerheblich beitrugen. Für die Volkspartei vertrat Herr von Rheinbaben die mehr opportunistische Richtung. So bekannte er sich zu dem Polenabkommen, das er gerade als Schlesier trotz den uns daraus erwachsenden Lasten als geeignete Grundlage für eine Verständigung mit Polen hält. Sein Korreferent, der Abgeordnete Dauch, behandelte das Für und Wider des Neuen Planes sehr sorgfältig, um schließlich dann doch die Annahme zu empfehlen. Ein Teil der volksparteilichen Fraktion freilich wird dem Polenabkommen die Zustimmung versagen. Die positive Seite des Neuen Planes hob auch der Demokrat Koch-Weser hervor. Er deutete zugleich die Zukunftsaufgaben an, die sich nach Abschluß dieser außenpolitischen Etappe für uns ergeben und als deren Wichtigstes er das Eintreten für die Minderheiten, vor allem aber den Anschluß, bezeichnete. Mit besonderer Spannung sah das Haus, das inzwischen durch die Meldung von Schachts Rücktritt alarmiert worden war, den Ausführungen Dr. Moldenhauers entgegen. Er hatte kaum begonnen, als er schon durch einen deutschnationalen Zwischenruf: „Warum ist Schacht zurückgetreten?" zu einer Antwort ex tempore genötigt wurde. Der Minister betonte, daß Schachts Demission aus freien Stücken und ohne einen Druck der Regierung erfolgt ist und gab auch offen zu, daß durch diesen unvorhergesehenen Zwischenfall „eine gewisse Unbequemlichkeit" bereitet werde.

Der Postetat 1930 genehmigt.

Berlin, 7. März. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost nahm im weiteren Verlauf seiner Sitzungen am

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

. und 7. März nach einem ausführlichen Referat seines Berichterstatters Dr. Boden den von der Verwaltung vorgelegten zweiten Nachtrag zum Voranschlag 1929 ohne Aenderung an und trat dann in die Beratung des Voranschlags für das Rechnungsjahr 1930 ein, der in Einnahmen und Ausgaben mit insgesamt 2340 Millionen Reichsmark balanciert. Der Voranschlag 1930 steht im Zeichen einer gespannten Finanzlage der Deutschen Reichspost. Der Steigerungssatz der Einnahmen im Jahre 1929 betrug 2½ v. H., während er in den Vorjahren durchschnittlich eine Höhe von 4½ v. H. erreicht hatte. Nach längerer Aussprache wurde der Voranschlag für 1930 der Vorlage gemäß ohne Aenderung angenommen, sodann der Deutschen Reichspost für das Rechnungsjahr 1927 aufgrund der vom Rechnungshof geprüften Jahresrechnung Entlastung erteilt und der Entwurf eines Gesetzes über die am 28. Juni 1929 in London unterzeichneten neuen Verträge des Weltpostvereines gebilligt.

Ermäßigung des Reichsbankzinsfußes um ½ Prozent.

Berlin, 7. März. Die Reichsbank hat mit Wirkung vom 8. März den Wechseldiskont von 6 auf 5½ Prozent und den Lombardzinsfuß von 7 auf 6½ Prozent herabgesetzt.

Rücktrittserklärung des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht.

Berlin, 7. März. Reichsbankpräsident Dr. Schacht gab dem Zentralausschuß bekannt, daß er die erforderlichen Schritte getan habe, um eine vorzeitige Beendigung seines Dienstvertrages herbeizuführen. Der Grund zu diesem Entschluß liegt in seiner Auffassung zum Haager Schlußprotokoll. Dr. Schacht wird jedenfalls solange im Amte verbleiben, bis über die Wahl eines Nachfolgers Entscheidung getroffen werden kann.

Die Motive des Reichsbankpräsidenten.

Berlin, 8. März. Der Entschluß des Reichsbankpräsidenten, von seinem Amt zurückzutreten, ist darauf zurückzuführen, daß er den im Haag abgeschlossenen „Neuen Plan“ nicht zu billigen vermag. Es sind insbesondere 2 Punkte, die es dem Reichsbankpräsidenten nach seiner Auffassung verbieten, länger ein Amt zu bekleiden, dessen Führung, so weit die Reparationsfragen in Betracht kommen, im Einvernehmen mit einer Regierung zu erfolgen hat, die auch diese Punkte im Reichstag durchzusetzen entschlossen ist. Es handelt sich bei diesen Punkten um die Sanktionsklausel und um die Regelung der Liquidationsfrage, in denen der Reichsbankpräsident eine Deklassierung Deutschlands erblickt.

Berlin, 8. März. Dr. Schacht hatte am Montag an den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem er ihn von seinem bevorstehenden Schritt benachrichtigte. Ein Versuch, ihn davon zurückzuhalten, blieb vergeblich.

Um die Nachfolge Schachts.

Ueber Schachts Nachfolger steht natürlich noch nichts fest. Das ist Sache des Generalrats, der erst einberufen werden muß. Genannt werden die üblichen Namen. An erster Stelle der frühere Reichskanzler Luther, daneben der ehemalige demokratische Finanzminister Reinhold, der mit Herrn Dr. Hilferding gemeinsam zurückgetretene Staatssekretär Dr. Popitz, endlich Dr. Melchior, der Hamburger Bankier, der zusammen mit Dr. Schacht Sachverständiger in Paris war. Das sind aber im Augenblick alles noch Kombinationen. Der Generalrat wird seine Entscheidung wohl erst in einigen Wochen treffen und es ist keineswegs ausgeschlossen, daß er, bevor er zur Neuwahl schreitet, das Amt noch einmal Dr. Schacht anträgt, daß dann aber Dr. Schacht sich bereit erklärt, auf seinem Posten zu bleiben, obwohl natürlich die Berufung auf das Haager Schlußprotokoll die er zur Begründung seines Verhaltens heranzieht, ein solches Umfallen erheblich erschwert.

Presse-Echo des Rücktritts Dr. Schachts.

Berlin, 8. März. Der Rücktritt Dr. Schachts löst uneingeschränkte Befriedigung in den Kreisen der Sozialdemokratie aus, der der „Vorwärts“ in seinem heutigen Leitartikel Ausdruck gibt. Das Blatt erklärt, Schacht sei an der Spitze der Reichsbank eine Gefahr geworden. Er selbst habe den Beweis dafür geliefert, daß die Unabhängigkeit der Reichsbank von der Reichsgewalt einer gewissen Einschränkung bedarf, wenn sie nicht zu einer Willkürherrschaft des Reichsbankpräsidenten über den Staat ausarten soll. Für die deutsche Wirtschaft wird ein neuer Reichsbankpräsident, der sich auf sein eigenes verantwortungsvolles Arbeitsgebiet beschränkt und der die deutsche Währung schützt, ein Gewinn sein. Die „Vossische Zeitung“ erinnert daran, daß im Haag die Reichsregierung sich zum ersten Mal aufgerafft und vor aller Welt gezeigt habe, daß sie die politische Führung habe und nicht der Notenbankpräsident. Das sei der Anfang von Schachts Ende gewesen. Die Schuld, daß es dahin kam, liege nicht auf Seiten der deutschen Regierung. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: Es ließe Schacht überschätzen und die Vorgänge der letzten Monate sowie vor allem ihre Wirkung auf das Ausland außer Acht lassen, wenn man für die deutsche Wirtschaft von dem Rücktritt des Reichsbankpräsidenten ungünstige Folgen befürchten würde. Schacht hat den allergrößten Teil des Vertrauens, das er in anderen Ländern genoß, seit der ersten Haager Konferenz langsam, seit der zweiten Konferenz rapide verloren. Man wird Deutschland zu dem plötzlichen Rücktritt überall dort, wo man es gut mit ihm meint, nicht Beileid wünschen. In der „Germania“ wird ausgeführt: Niemand wird Dr. Schacht die Anerkennung absprechen, die ihm gebührt, wenn wir allein den Reichsbankpräsidenten beurteilen. Dem Politiker Schacht stößt das Mißgeschick zu, daß er unpolitisch ist oder zu politisch sein wollte. Daß der Rücktritt von Dr. Schacht weder währungspolitische Folgen hat, noch überhaupt von währungspolitischer Seite angesehen werden darf, braucht doch wohl nicht erst ausdrücklich gesagt zu werden. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ fordert für die Frage der Nachfolgerschaft, daß sie unter keinen Umständen auf Grund irgendwelchen Parteibuches gelöst werden dürfe. Der „Börsencourier“ verzeichnet den Eindruck, den der maßgebliche Leiter einer Großbank von der Auslandswirkung des Rücktritts Schachts macht. Es lägen danach nicht die geringsten Zeichen dafür vor, daß das Ausland aus dem Rücktritt Schachts Konsequenzen irgend welcher Art ziehen werde. Die Stabilität der Reichsmark sei für das Ausland heute eine Angelegenheit, die nicht mehr an eine bestimmte Persönlichkeit geknüpft sei. Die „Deutsche Tageszeitung“ betont, daß sie eine Einigung des Reichsbankpräsidenten mit der Reichsregierung unter Preisgabe des von Dr. Schacht bisher vertretenen Standpunktes noch weit unheilvoller halte als den Rücktritt des Reichsbankpräsidenten. Die „Deutsche Zeitung“ schließt ihren Artikel mit den Worten: Schacht trägt mit seinem Rücktritt sich selbst und mit sich auch das Urteil der Reichsbankleitung nachträglich in die Listen des Volksbegehrens und des Volksentscheids ein.

Die Wirtschaftspartei an Schacht.

Berlin, 7. März. Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hat an den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht folgendes Schreiben gerichtet: Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hat mit großer Bestürzung Kenntnis davon genommen, daß Sie von Ihrem Posten zurücktreten wollen. Angesichts der äußerst bedrohlichen Lage unserer Wirtschaft und unseres Vaterlandes überhaupt bittet die Fraktion Sie dringend, auf Ihrem Posten zu verbleiben.

Die Hochwasserkatastrophe in Südfrankreich.

Toulouse, 7. März. In den Departements Tarn und Garonne zeigt sich, je mehr das Wasser fällt, ein immer entsetzlicheres Bild der Katastrophe. Der Verlust an Menschenleben soll ungeheuer sein. Die Zahl 300 allein in diesen beiden Departements dürfte weit überschritten werden. In Moissac, wo mit den Aufräumungsarbeiten kaum begonnen wurde, hat man bereits 72 Leichen geborgen. Bereits gestern wurden in dieser Ortschaft 19 Opfer bestattet. Große Schwierigkeiten bieten die Aufräumungsarbeiten bei Montauban, wo bis jetzt 20 Tote aufgefunden wurden. Man rechnet mit einer großen Zahl von Opfern in den einzeln gelegenen Gehöften. Bei Montauban ist besonders viel Vieh angetrieben worden, insgesamt wurden bisher über 3000 Tierkadaver gezählt.

Paris, 7. März. Durch Dekret ist gemäß dem Wunsche des Senats der 9. März zum nationalen Trauertag für die Opfer der Ueberschwemmungskatastrophe in Südfrankreich bestimmt worden.

„Der Haushalt ist der beste, in dem man nichts Ueberflüssiges will und nichts Notwendiges entbehrt“, hieß es im Altertum. In der heutigen Zeit hält man sowieso nur Ausschau nach dem Notwendigen, dabei Guten und Billigen. Hierbei sind in erster Linie Maggi's gebrauchsfertige Suppenwürfel zu nennen, weil sie um wenig Geld nahrhafte, wohlschmeckende Suppen in reicher Auswahl liefern. In Millionen von Haushaltungen sind diese praktischen Helfer der Küche ständig im Gebrauch.

Stamm- und Brennholz-Versteigerung.

Die **Gemeinde Pfaffenrot** versteigert aus ihrem Gemeindewald am **Mittwoch den 12. März, vormittags 9 Uhr beginnend:**

313 Stück Eichen III., IV., V. und VI. Klasse, 20 Stück Buchen II. bis IV. Klasse;

am **Donnerstag den 13. März l. Js., vormittags 9 Uhr beginnend:**

125 Ster buchene, 227 Ster forlene, 12 Ster eichene Scheiter und 5 Ster tannenes Scheiterholz. 57 buchenes, 62 Ster eichenes, 35 Ster tannenes und 70 Ster forlenes Prügelholz.

Zusammenkunft jeweils beim Rathaus.

Das Holz wird auf Verlangen von Waldhüter Mohr vorgezeigt, ebenfalls können bei Waldhüter Mohr Auszüge bestellt werden.

Pfaffenrot, den 7. März 1930.

Bürgermeisteramt:

Benz. Kunz.

Erdal

Für alle Schuhe!

Der tote Raum
der Hebelordner ist überwunden durch
Das neue Modell
des Leitz-Ordners.
Alle Leitz-Ordner, 8 cm
werden ohne Preiserhöhung mit hohen Aufreihstiften bei gleicher Rückenbreite geliefert.

Vorrätig in der

C. Meeh'schen Buchhandlung, Inh. D. Strom
Neuenbürg.

Inserate heben den Umsatz!

Amtsgericht Neuenbürg.

Ueber das Vermögen der

Helene Poschen, led. vollj. Inhaberin eines Confitürengeschäfts in **Schömberg,**

ist am 6. März 1930, nachmittags 4 1/2 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden. Konkursverwalter ist Bezirksnotar Klett in Neuenbürg. Konkursforderungen sind bis zum 25. März 1930 bei Gericht anzumelden. Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines andern Verwalters, Bestellung eines Gläubigerausschusses und über die in §§ 132, K.O. bezeichneten Gegenstände, sowie zur Prüfung der angemeldeten Forderungen:

Dienstag den 1. April 1930, nachmittags 4 1/2 Uhr,

vor dem Amtsgericht Neuenbürg. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an die Gemeinschuldnerin zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum **25. März 1930** Anzeige zu machen.

Den 7. März 1930.

Gemeinde Birkenfeld.

Stangen- und Brennholz-Verkauf.

Kommenden **Montag den 10. ds. Mts.,** abends 7 Uhr, kommen im Gasthaus zum **„Rößle"** im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf:

Aus Abt. V 16 Eichelacker:
45 Baustangen I.—V. Kl.

Aus den Abt. 16 Eichelacker und 20/21 Bord. und Hinterer Alter Hau:
7 Rm. Laubholz,
148 „ Nadelholz.

Aus Abt. 12 Weidichplatte:
14 Schlagraumlose in Flächenlosen (Stängchen).

Birkenfeld, den 7. März 1930.

Gemeindepfleger Bolay.

Zwangs-Versteigerung.

Am **Montag den 10. März 1930,** nachmittags 3 Uhr, kommen in **Birkenfeld** öffentlich gegen Barzahlung zum Verkauf:

Ein Motorrad NSU, 300 ccm, neu, zwei Autoreifen, eine Schreibmaschine, Marke Stoewer, **zwei Herren-Fahrräder,** Marke Corona und Naumann.

Zusammenkunft am Rathaus in Birkenfeld.

Hildenbrand, Gerichtsvollzieher.

Stammholz-Verkauf.

Die **Gemeinde Niebelsbach** verkauft am **Dienstag den 11. ds. Mts.,** vormittags 9 Uhr beginnend, im Gemeindewald:

1,87 Fm. Buchen IV. Klasse,
12,93 Fm. Eichen II.—VI. Klasse,
4,08 Fm. Fichten IV.—VI. Klasse,
42,72 Fm. Forchen I.—VI. Klasse,

wozu Liebhaber eingeladen werden. Zusammenkunft beim Rathaus.

Schultheißenamt.

Wildbad.

Im Wege der Zwangsvollstreckung

kommen am **Dienstag den 11. März 1930,** nachmittags 2 Uhr, folgende Gegenstände zur Versteigerung:

Eine vollständige elektrische Melk-Anlage, ein Lieferkraftwagen (Chevrolet, 1 1/2 Tonnen), 6 Korbsessel, 2 Korbtische, ein Eisschrank, 2 Brückenwagen, 1 Leiterwagen (Heuwagen), ca. 220 Ztr. Heu und Oehmd.

Zusammenkunft beim Paulinenhof.

Hähle, Gerichtsvollzieher.

Städt. Frauenarbeitsschule Wildbad.

Anmeldungen für die am **23. April ds. Js.** beginnenden **Tageskurse** in

1. Handnähen,
2. Wäschenähen, für Anfäng. und Fortgeschrittene,
3. Kleidernähen, „ „ „ „
4. Sticken, sowie

Anmeldungen für die **Abend- und Nachmittagskurse** werden von jetzt an entgegengenommen.

Städt. Frauenarbeitsschule Wildbad.

Stadtgemeinde Calw.

Zu dem am nächsten **Mittwoch den 12. März 1930** stattfindenden

Krämer-, Pferde-, Vieh- und Schweinemarkt

ergeht Einladung.

Die üblichen seuchenpolizeilichen Vorschriften sind einzuhalten. Die Schweinehändler haben bis zur Vornahme der tierärztlichen Untersuchung der Schweine bei ihren Körben und Kisten zu bleiben, welche vorher nicht geöffnet werden dürfen.

Calw, den 7. März 1930.

Stadtschultheißenamt: Göhner.

Aerztlicher Sonntagsdienst

am Sonntag den 8. März 1930:

Dr. med. Kern, Neuenbürg,

Telefon 193 Neuenbürg oder Unfallmeldestelle Neuenbürg.

Freiwillige Feuerwehr Birkenfeld.

Am **Samstag den 15. März 1930, abends 8 Uhr,** findet im Gasthaus zum **„Adler"** unsere

jährliche

Generalversammlung

mit folgender **Tagesordnung** statt:

1. Tätigkeitsbericht.
2. Kassen- und Revisionsbericht.
3. Verschiedenes.
4. Anträge und Beschwerden der Mitglieder.

Anträge sind bis spätestens **Mittwoch den 12. ds. Mts.** schriftlich an den Kommandanten einzureichen.

Wir ersuchen unsere Mitglieder, pünktlich und vollzählig zu erscheinen.

Für das Kommando:
H. Seufer. K. A. Roth.

Freiw. Feuerwehrkapelle Birkenfeld.

Durch den den **Buß- und Bettag** am Sonntag den 9. März kann unser **Konzert an diesem Tage nicht stattfinden,** sondern erst am

23. März.

Der Vorstand.

Trefzger MÖBEL

Besichtigen Sie unsere sehenswerte Ausstellung

Gegen 100 wohnfertig eingerichtete Zimmer

Größtes Lager am Platze

Preise außerordentlich günstig

Südd. Möbel-Industrie Gebrüder Trefzger G. m. b. H.

Pforzheim — Schloßberg 19

Bezirks-Wirtsverein Neuenbürg

Am **Mittwoch den 12. März ds. Js.,** nachmittags punkt 3 Uhr, findet im Gasthaus z. **„Bären"** in **Neuenbürg** unsere

Generalversammlung

statt.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftsbericht.
2. Kassenbericht und Verlesen der Protokolle.
3. Beratung von neuen Statuten, einschl. Stellungnahme betr. Eintragung des Vereins ins Vereinsregister.
4. **Kundgebung** gegen die drohende steuerliche Belastung des Gastwirtegewerbes und gegen das geplante Schankstättengesetz.
5. Verschiedenes.

Zu dieser wichtigen Tagung ist es Pflicht der Kollegen, sich vollzählig einzufinden.

Der Vorstand: K. Schumacher.

Birkenfeld.
Ewigen und dreiblättr.

Kleesamen,

sowie

Futtererbsen u. Wicken

und sämtl. Gartensämereien empfiehlt **Karl Kull,** Vester's Nachf.

Brötzingen.
Zirka 150 Zentner

Dickrüben

zu verkaufen.

Merz, Westliche 328.

W. Bürkle, Neuenbürg

Vorstadt 267.

Schleifen von Messern und Scheren.

Wildbad.
Zu vermieten eventl. zu verkaufen.

Einfamilienhaus

im Zentrum der Stadt, beste Geschäftslage, mit 2 Zimmern, Küche, Kammer und großem Parterreraum (als Werkstatt geeignet). Gelegenheit z. Ausbau weiterer zwei Zimmer.

Zu erfragen bei

L. Pfeiffer, Wilhelmstr. 191.

Neuenbürg.

Wegen Räumung

verkaufe ich

Damenmäntel und Kleider zu Ankaufs- und eine Serie zu Einheitspreisen.

Oskar Meisel Nachf.

MAX GENTHNER.

Neuenbürg-Wilhelmshöhe.

Gebe der werten Einwohnerschaft von Neuenbürg und Umgebung sowie den Herren Architekten bekannt, daß ich **neu** aufgenommen habe in meinem Geschäft:

Eindeckung von Dächern

mit Teerpappe und teerfreier Dauerdachpappe, Dachlack, teerfreie Dachanstrichmasse (nicht tropfend), Isolierung gegen Feuchtigkeit, Kälte, Wärme, Schall.

Hochachtend

Hermann Fischer,

Flaschnerei und Installationsgeschäft. Tel. 98

Württ. Forstamt Langenbrand.

Brennholz-Verkauf

am **Mittwoch den 12. März 1930, nachmittags 3 Uhr,** in **Salmbach** im **„Löwen"** aus Staatswald Brennermiß, Eisenwald, Felbenwies, Bäumlesmiß, Ameisenwald und Ueberrück: Rm.: Buch.-Schtr. 5, Klotzh. 11, Birke 1, Eiche 4, Nadelholz-Ausschuß 72. Forchenroller, 2,05 Mtr. lang, 8, ferner 12 Reisigflächenlose im Ameisenwald, Ueberrück und Felbenwies, geschätzt zu 250 Wellen und rund 3000 Hopfenstangen II/IV aus dem Unteren Eulenloch in kleinen Losen.

W. Forstamt Liebenzell.
Oberförster-Revier.

Beig- und Laub-Stammholz-Verkauf

am **Donnerstag den 13. März 1930, nachm. 3 Uhr,** in Bad Liebenzell im Herzog Eberhard aus Staatswald: 56 Eichen mit Festm.: 1 IV., 2 V., 6 VI. Kl. 7 Birken: 1 VI. Kl. 4 Rotbu.: 1 III., 1 IV. Kl. Beigholz: Rm.: Eichen: 1 Rug., 3 Schtr., 13 Ausch.; Buchen: 53 Schtr., 14 Prügel, 90 Klotzh., 54 Ausch.; Nadelh.: 34 Prgl., 110 Anbr.-Schtr., 78 Anbr.-Prügel. Losverzeichnisse durch das Forstamt.

Zigarren Zigaretten, Tabake

in allen Preislagen und Packungen.

E. Lindemann

Neuenbürg, Tel. 191.

Einzug von Forderungen

jeder Art

durch

Inkasso-Geschäft Wolfinger Neuenbürg.

Leitz-Ordner Leitz-Locher

Ablege-Mappen

empfiehlt

C. Meeh'sche Buchhandlg.

Gummi-Wasserschläuche

bester Qualität.

Schlauchfabrik Gollmer & Hamm

G. m. b. H. **Neuenbürg a. Enz**

Neuenbürg.

Am **14. März,** 8 Uhr abends, beginnt ein neuer **Fortbildungskurs** in

Einheitsstenographie

Anmeldungen bis spätestens **12. ds. Mts.** an **E. Güßer,** Alte Pforzh. Straße Nr. 358.

W. Gauß, Neuenbürg-Vorstadt

Hemdenpassen neueste Muster!

Frauenalb.

Suche für baldigen Eintritt ein ehrliches, fleißiges

Mädchen

für alle Arbeiten meines Geschäftes.

Friedr. Bürkle,
Gasthaus und Pension „König von Preußen".

Motorrad

„Klotz", 250 ccm, in gutem Zustande. Preis M. 200.—

Erw. Striebel, Pforzheim,
Hohenstaufenstraße 40.

Evang. Gottesdienst in Neuenbürg.

Sonntag den 9. März.
Landesbußtag.

3/4 10 Uhr Beichte,
10 Uhr Predigt: (Klagel. 5, 1. Lied Nr. 303):
Dekan Dr. Megerle.
Gesang des Kirchenchors: „Herr, sieh uns mit Erbarmen an". (Farrant)
Anschließend an den Vormittagsgottesdienst Feier des hl. Abendmahls.
Das Opfer ist vorm. und nachm. für die Evang. Studienhilfe bestimmt.
5 Uhr Predigt:
Stadtvikar Stähle.
Mittwoch abends 8 Uhr Bibelstunde im Gemeindehaus.
In Waldrennach ist am Sonntag 1/2 10 Uhr Gottesdienst und am Donnerstag abend 1/2 9 Uhr Bibelstunde.

Kath. Gottesdienst in Neuenbürg

am Sonntag den 9. März.
(1. Fastensonntag.)

9 Uhr: Predigt und Amt.
2 Uhr Fastenandacht.
Am Freitag, abends 1/2 8 Uhr Kreuzweg-Andacht.

In Birkenfeld

10 1/2 Uhr: Predigt und hl. Messe